PB.S-01-137

Kapitel 3: Solidarität sichern

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Natalie Becker (KV Frankfurt)

Änderungsantrag zu PB.S-01

Von Zeile 136 bis 139:
Familie und Arbeit mit einer neuen Arbeitszeitkultur und einem flexiblen Vollzeitkorridor in eine ausgewogene Balance zu bringen, ~~Familienarbeit~~Familien- und Hausarbeit partnerschaftlich zu teilen und Teilzeitfallen zu vermeiden. Darum fördern wir für private Haushalte die Inanspruchnahme von haushaltsnahen Dienstleistungen. So sollen Familien, Alleinerziehende und Senior*innen entlastet und gleichzeitig der derzeit hohe Schwarzmarktanteil bekämpft werden. Niemand soll sich zwischen Kind und Job entscheiden müssen, darum soll der Anspruch auf ein Kinderkrankengeld auf 15 Tage im Jahr pro Kind und

Begründung

Noch immer verrichten Frauen den Löwenanteil der unbezahlten Haus- und Sorgearbeit. Sie stecken dafür eher bei der Erwerbsarbeit zurück und gehen Teilzeit- oder Minijobs nach. Neben dem Mental Load spiegeln sich die negativen Folgen vor allem bei den Rentenansprüchen von Frauen wieder. Um zu entlasten und Frauen die Möglichkeit zu geben vermehrt am Erwerbsleben teilzunehmen, braucht es neben dem Ausbau der Kinderbetreuung zusätzlich eine Subventionierung der haushaltsnahen Dienstleistungen. **Konzepte und Studien** dazu wurden in den letzten Jahren von unterschiedlichen Akteur*innen erstellt. In Belgien z.B. gibt es schon seit Jahren ein Gutscheinsystem für die Inanspruchnahme von haushaltsnahen Dienstleistungen. Auch andere EU-Mitgliedsstaaten haben Förderkonzepte eingeführt. Damit konnten große Erfolge bei der Bekämpfung des in diesem Segment hohen Schwarzmarktanteils erzielt werden. **Frauen profitieren dabei doppelt**: Sie profitieren als Kundinnen durch eine erhebliche Alltagsentlastung und sie profitieren als Dienstleisterin, wenn sie diese Tätigkeiten in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsformen erbringen. Bereits 2017 hat die familienpolitische Kommission der **Heinrich-Böll-Stiftung** Gutscheine für haushaltsnahe Dienstleistungen gefordert, um Familien zu entlasten. Auch in der **Gleichstellungsstrategie der EU** heißt es, dass die Externalisierung von Haus- und Sorgearbeiten gefördert und bezuschusst werden solle. Darum gehört dieser Punkt unbedingt in unser Wahlprogramm.

weitere Antragsteller*innen

Julia Eberz (KV Frankfurt); Katharina Dreßen (KV Frankfurt); Gabriele Gressert (KV Frankfurt); Mirjam Luise Schmidt (KV Frankfurt); Brigitte Abraham (KV Frankfurt); Antje Tauchmann (KV Frankfurt); Claudius Galinski (KV Frankfurt); Ali Kabakyer (KV Karlsruhe-Land); Miriam Dahlke (KV Frankfurt); Beatrix Baumann (KV Frankfurt); Stephanie Wiehmann (KV Frankfurt); Martin Wolf (KV Miesbach); Ursula auf der Heide (KV Frankfurt); Martina Weber (KV Frankfurt); Monika von der Brüggen (KV Frankfurt); Bärbel Spiegel (KV Frankfurt); Cary-Mike Drud (KV Frankfurt); Silke Haug (KV Frankfurt); Martina Geis (KV Frankfurt); Katharina Ebenau (KV Frankfurt); Robert Jänicke (KV Frankfurt);

Dorothee Schulte-Basta (KV Berlin-Neukölln); Katja Grötzner (KV Fulda); Lukas Voigt (KV Fulda); Wendel Jaromir Burkhardt (KV Frankfurt); Daniel Oberle (KV Frankfurt); Sabine Klopp (KV Frankfurt); Andrea Kroll (KV Frankfurt); Gabriele Bartoszak (Hannover RV); Cristina Sirbu (KV Frankfurt); Thomas Scherer (KV Köln); Stefen Mario Schrapp (KV Neu-Ulm); Uwe Josuttis (KV Kassel-Stadt); Pit Kludig (KV Dresden); Rudolf Sanders (KV Mark); Martin Drees (KV Plön); Sandra Heinemann-Robbes (KV Potsdam); Petra Thomsen (KV Frankfurt); Annette Blome (KV Frankfurt); Barbara Burkhardt (KV Frankfurt); Claudia Brörmann (KV Steinfurt); Marlene Walch (KV Frankfurt); Ann-Kathrin Sawinski (KV Frankfurt); Sue Ehmisch (KV Frankfurt)